

Alfred Weber, Friedrich Naumann und gemeinsame linksliberale Projekte¹

I.

Das Verhältnis von Friedrich Naumann zu dem fast gleichaltrigen Max Weber hat immer wieder Aufmerksamkeit gefunden und ist sogar in eigenen, wissenschaftlich zum Teil umstrittenen Monographien behandelt worden.² Vergleichbares lässt sich zu den Beziehungen zwischen dem jüngeren Weber-Bruder, dem Sozialwissenschaftler Alfred Weber, und dem acht Jahre älteren Pfarrer, Publizisten und Parteipolitiker Naumann nicht konstatieren. Schon eine erste Stichprobe ist eher ernüchternd: In der Naumann-Biographie von Peter Theiner, die immerhin auch schon fast 40 Jahre alt, aber immer noch die aktuellste ist, taucht Alfred Weber ganze dreimal auf: im Zusammenhang mit der Diskussion über Kapitalismus und Kartelle 1902 im National-Sozialen Verein (NSV), im Rahmen einer Pressefehde über die mögliche Parlamentarisierung des Kaiserreiches 1907 und schließlich natürlich in Verbindung mit der DDP-Gründung 1918.³

In der nochmals über 40 Jahre älteren, klassischen Naumann-Biographie von Theodor Heuss⁴ sieht es hinsichtlich der Fragestellung etwas besser aus, dort wird Alfred Weber immerhin neunmal erwähnt. Bezugspunkte sind neben den drei eben genannten noch eine Denkschrift an Erich Ludendorff von

- 1 Leicht überarbeitete und mit Fußnoten versehene Fassung des Vortrages beim Alfred-Weber-Kolloquium in Gummersbach am 15.12.2018, wo das Thema vorgegeben war.
- 2 Vgl. z. B. Wilhelm Spael: Friedrich Naumanns Verhältnis zu Max Weber. St. Augustin 1985; Michael Panzer: Der Einfluß Max Webers auf Friedrich Naumann. Ein Bild der liberalen Gesellschaft in der Wilhelminischen und Nachwilhelminischen Ära. Würzburg 1986; Peter Theiner: Friedrich Naumann und Max Weber. Stationen einer politischen Partnerschaft. In: Wolfgang J. Mommsen/Wolfgang Schwentker (Hrsg.): Max Weber und seine Zeitgenossen. Göttingen/Zürich 1988, S. 419-433.
- 3 Peter Theiner: Sozialer Liberalismus und deutsche Weltpolitik. Friedrich Naumann im wilhelminischen Deutschland (1860-1919). Baden-Baden 1983, S. 155, 184 und 288; auch das Findbuch zum Naumann-Nachlass im Bundesarchiv weist nur an zwei Stellen auf Kontakte in den Jahren 1915 und 1919 hin, Nachlass Friedrich Naumann. Bestand N 3001, Bearbeitet von Ursula Krey und Thomas Trumpp. Koblenz 1996, S. 65 und 70.
- 4 Theodor Heuss: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. 2. Aufl. Tübingen 1949, S. 115, 159, 193 206, 261 417 ff, 453 ff und 549. Es sind übrigens mehr als in der Erstauflage, wo A. Weber nur siebenmal auftaucht, vgl. ders.: Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit. Stuttgart/Berlin 1937, S. 750.

Anfang 1918, der „Demokratische Volksbund“ vom Ende desselben Jahres, ein intellektueller Wiederbelebungsversuch des alten Nationalsozialen Vereins sowie – auf den ersten Blick überraschend – Mitteleuropa. Bei diesem Gegenstand sowie beim NSV kann man natürlich fragen, ob es sich dabei um „linksliberale“ Projekte handelte, während bei der DDP dies eindeutig zu bejahen ist. Um deren Gründung wird es im Folgenden also auch gehen müssen, aber das soll kein zentraler Bestandteil der Ausführungen hier sein, zumal die Berührungspunkte zwischen Alfred Weber und Naumann hier ebenfalls eher sporadisch waren.

Ganz anders stellt sich das Verhältnis der beiden dar, wenn man von Alfred Weber ausgeht: Im ersten Teil der großen Lebensbeschreibung von Eberhard Demm⁵ nennt das Register unter Friedrich Naumann über 40 Belegstellen. Man könnte also zunächst einmal den Eindruck haben, dass für Alfred Weber die Verbindung zur Friedrich Naumann wichtiger war als umgekehrt, vor allem wenn man es mit dessen eingangs erwähneter Beziehung zum älteren Bruder Max vergleicht, für den auch die Register bei Heuss über 30 und bei Theiner sogar über 40 Nennungen ausweisen. Dennoch scheint der Kontakt mit dem jüngeren Weber, folgt man Demm, nicht ganz so unwichtig gewesen zu sein, wie es die eben genannten Naumann-Biographen angenommen haben. Im Folgenden soll also nochmals versucht werden, die politischen und gesellschaftlichen Berührungspunkte zwischen beiden in der Zeit von 1902 bis zu Naumanns Tod vor 100 Jahren zu skizzieren und danach zu fragen, was daran „linksliberal“ war.

II.

Beginnen wir mit dem Nationalsozialen Verein. Hier ist allerdings umstritten, ob es sich dabei von vornherein um eine „linksliberale“ Gruppierung handelt, wie dies etwa der DDR-Historiker Dieter Fricke⁶ oder auch die bundesrepublikanischen Parteienforscher Robert Hoffmann⁷ und Peter Lösche einschätzen.⁸ Zeitgenössische freisinnige Kreise um Eugen Richter haben

5 Eberhard Demm: Ein Liberaler in Kaiserreich und Republik. Der politische Weg Alfred Webers bis 1920. Boppard 1990.

6 Dieter Fricke: Nationalsozialer Verein (NsV) 1896-1903. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von dems. u. a. Bd. 3, Leipzig 1985, S. 441-453, hier S. 441.

7 Robert Hoffmann: Geschichte der deutschen Parteien. Von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart. München 1993, S. 35 u. 39.

8 Peter Lösche: Kleine Geschichte der deutschen Parteien. 2. Aufl. Stuttgart 1994, S. 47.

dies aber zunächst heftig zurückgewiesen.⁹ Alfred Weber war 1896 bei der maßgeblich von Naumann vorangetriebenen Gründung des Nationalsozialen Vereins im Gegensatz zu seinem Bruder nicht dabei und wohl auch nicht bei den beiden folgenden Delegiertentagen 1897 und 1898.¹⁰ Nachweisbar ist er für den siebten Vertretertag in Hannover 1902, wo es um Kartelle ging. Aus den dortigen Ausführungen Alfred Webers ist einer von nur zwei kleinen Beiträgen in Naumanns Zeitschrift „Die Hilfe“ hervorgegangen.¹¹ Auch der zweite „Hilfe“-Aufsatz hatte den Charakter eines knappen Gutachtens;¹² diese geringe Präsenz als „Hilfe“-Autor könnte das Alfred-Weber-Bild in der Naumann-Biographik beeinflusst haben.

Das letztgenannte Gutachten stand zwar in Zusammenhang mit einem linksliberalen Parteitag, nämlich dem der Fortschrittlichen Volkspartei im Jahre 1912; aber es könnte gerade der ursprünglich nicht-liberale Charakter des Nationalsozialen Vereins gewesen sein, der Alfred Weber dessen Nähe suchen ließ. Den endgültigen Schwenk zum (Links-)Liberalismus, den Naumann und die große Mehrheit der Nationalsozialen im Sommer 1903 vollzogen, hat Weber selbst nicht mitgemacht. Für diesen Zeitpunkt lassen sich aber nun die politischen Positionen der beiden aufgrund einer glücklichen Quellenlage ganz gut vergleichen, wobei Naumanns politische Positionierung durch die Bank weg schon aufgrund seiner umfangreichen Publizistik besser nachvollziehbar ist.

Bei Weber gibt es aus diesem Jahr 1903 ein Textfragment, das zwar erst postum publik wurde, das aber seine politische Lageeinschätzung zu diesem Zeitpunkt ziemlich klar wiedergibt. Das in Thesen gehaltene Papier beginnt mit einem – zumindest in Naumanns Augen – Paukenschlag: „Das gegenwärtige Gerede von der Wiedergeburt des Liberalismus in Deutschland ist

9 Nationalsoziale Partei. In: Eugen Richter: Politisches ABC-Buch. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen. 10. Aufl. Berlin 1903, S. 142-145, vgl. auch die Selbsteinschätzung in der Erstausgabe von Friedrich Naumann: Demokratie und Kaisertum (1900), zitiert nach ders.: Werke. Bd. 2. Köln/Opladen 1966, S. 7 f.

10 Vgl. Protokoll über die Vertreterversammlung der National-Sozialen in Erfurt vom 23.-25. November 1896. Berlin o. J., S. 83, Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (2. Delegiertentag) zu Erfurt vom 26.-29. September 1897. Berlin o. J., S. VIII u. Protokoll über die Verhandlungen des Nationalsozialen Vereins (3. Delegiertentag) zu Darmstadt vom 25.-28. September 1898. Berlin o. J., S. 17, bei den beiden letzten sind aber nur die „stimmberechtigten Teilnehmer“ verzeichnet. Auch bei der klassischen Darstellung zum NSV von Dieter Düding: Der Nationalsoziale Verein 1896-1903. München 1972 findet sich keine Eintragung zu Alfred Weber.

11 Vgl. Heuss: Naumann 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 163 u. 193, Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5) S. 30 ff und Alfred Weber: Forderungen zur Kartellpolitik. In: Die Hilfe 39 v. 28.9.1902, S. 3.

12 Alfred Weber: Gutachten über die Mannheimer Arbeitsrechts-Beschlüsse. In: Die Hilfe 52 v. 25.12.1912, S. 826.

hoffnungslos.“¹³ Weber begründete dies damit, dass das liberale Persönlichkeitsideal nicht dem deutschen Volkscharakter entspreche und dass das Bürgertum politisch nicht durchsetzungsfähig sei. Letzteres hing für ihn auch damit zusammen, dass politische Einflussnahme nur noch durch „Aufstachelung der Instinkte der Unterdrückten und Zurückgesetzten“ möglich sei, was aber der Sozialdemokratie in den Städten und den Konservativen unter der Landbevölkerung gelinge.¹⁴ Außerdem sei der liberale Individualismus der Entwicklung einer festen Organisationskraft überaus hinderlich. Deshalb bliebe den Fortschrittlich-Gesinnnten – so Weber – nur der Anschluss an die Sozialdemokratie, um dort die revisionistischen Kräfte zu stärken und so die in Staat und Gesellschaft dominierenden konservativen Elemente zurückzudrängen.¹⁵

Einen Teil dieser Analyse hätte Naumann sicherlich geteilt, wenn er von ihr gewusst hätte: Auch für ihn stand der Gegner rechts, und gehörte die Sozialdemokratie zu denen, die man in den Kampf gegen Agrariertum und Kleinkalismus einbinden sollte und musste.¹⁶ Auch die geringe Organisationsneigung des bürgerlichen Liberalismus wurde von Naumann immer wieder beklagt: „Die Stimmung ist gut, aber die Organisation der Liberalen ist viel zu schlecht, um diese Stimmung ausnutzen zu können.“¹⁷ So schrieb er Ende 1910, also sieben Jahre nach seinem Übertritt zum organisierten Liberalismus, an den befreundeten Nationalökonom Gerhart von Schulze-Gaevernitz.

Aber schon bei der Art, wie Politik gemacht würde und werden sollte, hätte Naumann Alfred Weber vehement widersprochen: Für ihn galt es, eben nicht an Instinkte und Gefühle zu appellieren, sondern argumentativ zu überzeugen, so zumindest übermittelt es der Zeitgenosse und Naumann-Anhänger Ludwig Curtius, der auch Alfred Weber persönlich begegnet war, in seinen Erinnerungen.¹⁸ In der Tat bestechen Naumanns Reden eigentlich nicht durch Polemik und emotionale Rhetorik, obwohl sie sicherlich nicht frei von Pathos waren. Vor allem aber waren Naumanns Schlussfolgerungen aus dem

13 Alfred Weber: Liberalismus und Demokratie. In: Ders.: Politische Theorie und Tagespolitik (1903-1933). Hrsg. von Eberhard Demm. Marburg 1999, S. 29 ff, hier S. 31. Zur nicht ganz klaren Überlieferungsgeschichte vgl. die Vorbemerkung des Herausgebers ebd. S. 29.

14 Ebd. S. 29.

15 Ebd. S. 30 f.

16 Vgl. Jürgen Frölich: „Rechts steht Rom und Ostelbien, links steht Königsberg und Weimar.“ Friedrich Naumann, die Gegner und die potentiellen Verbündeten des Liberalismus. In: Ewald Grothe/Ulrich Sieg (Hrsg.): Liberalismus als Feindbild. Göttingen 2014, S. 113-133.

17 Archiv des Liberalismus (ADL) N 109-35, 5.12.1910, Bl. 3; vgl. auch seine Intervention beim Parteitag 1912 in: Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim, 5.-7. Oktober 1912. Berlin 1912, S. 10.

18 Ludwig Curtius: Deutsche und Antike Welt. Lebenserinnerungen. Stuttgart 1950, S. 162.

schlechten Abschneiden des NSV völlig andere als bei Alfred Weber. In seiner „Leidensgeschichte des deutschen Liberalismus“ bekannte er 1908:

„Als sich nun zeigte, daß zwischen Sozialdemokratie und Liberalismus eine besondere Parteigruppe nicht herstellbar war, bin ich zum Liberalismus gegangen, weil ich bei aller Kenntnis seiner Schwäche ihn für wichtiger und notwendiger für die deutsche Zukunft halte als die Sozialdemokratie, deren Größe und Regsamkeit ich gewiss nicht unterschätze.“¹⁹

Naumann war 1903 davon überzeugt, dass im liberalen Bürgertum noch genug „Wille zur Macht“ vorhanden wäre.²⁰ Dieser müsse wiedererweckt werden, und dazu könnten einerseits die Erfahrungen des Nationalsozialen Vereins und seine Ausstrahlungskraft auf jüngere bürgerliche Kreise beitragen. Andererseits müsse das nicht zuletzt durch Eugen Richter belastete Verhältnis zur Sozialdemokratie neu ausgerichtet werden:

„Während ein bloß bürgerlicher Liberalismus, der die Sozialdemokraten abweist, politisch aussichtslos ist, und sich in müheseliger Erhaltung von bedrohten Wahlkreisen erschöpft, ist es denkbar, daß Sozialdemokraten und Liberale zusammen bei weiterem Bevölkerungswachstum eine neue Führung der deutschen Politik erlangen.“²¹

Naumann teilte also durchaus die Webersche Einschätzung von der Bedeutung der Sozialdemokratie, nur wollte er Politik betreiben nicht als Teil von dieser, sondern als ihr potentieller Koalitionspartner, auch weil er die Sozialdemokratie ohne bürgerliche Partner auf verlorenem Posten sah, sofern sie überhaupt eine zeitgemäße Machtpolitik betreiben würde.²² Man kann also zunächst einmal festhalten: Als 1903 das erste, parteipolitisch wirklich links-liberale Projekt anstand, nämlich der Anschluss an die Freisinnige Vereinigung, griff nur Naumann dieses auf, während Weber sich parteipolitisch abseits hielt.

III.

Das Jahr 1903 ist auch insofern für ihren jeweiligen politischen Standort von Interesse, als zu Jahresende mit Theodor Mommsen eine liberale Symbolfi-

19 Zitiert nach Friedrich Naumann: Werke Bd. 4. Köln/Opladen 1966, S. 312.

20 Friedrich Naumann: Liberalismus und gebildete Jugend. In: Die Nation. Wochenschrift für Politik, Volkswirtschaft und Literatur, Nr. 50 v. 12.9.1903, S. 744-748, Zitat S. 747.

21 Ebd.

22 Vgl. Friedrich Naumann: Liberalismus, Zentrum und Sozialdemokratie (1904). In: Ders.: Werke Bd. 4 (wie Anm. 19), S. 1-32. hier S. 21 u. ders.: Die Politik der Gegenwart (1905). In: ebd., S. 33-99, hier S. 86.

gur verstarb, die beide offenkundig verehrten, weshalb beide jeweils eine Art Nachruf auf ihn verfassten. Genauer gesagt: Nur von Friedrich Naumann ist ein wirklicher Nachruf aus der Zeit unmittelbar nach dem Ableben Mommsens überliefert, Weber kleidete ihn einige Jahre später in die Form einer Buchrezension. Beide erwiesen dabei dem Literaturnobelpreisträger ihre Reverenz, wobei bei Weber eher, aber nicht nur der Wissenschaftler und bei Naumann ausschließlich die politische Gestalt im Vordergrund stand. Überraschenderweise sah Weber in Mommsen vor allem wegen seiner Kritik an der Entwicklung des Kaiserreiches und seiner letzten aufsehenerregenden Veröffentlichung „Was uns noch retten kann“²³ einiges Zukunftsweisendes, auch wenn oder vielleicht auch gerade weil der von ihm gewiesene Weg „das Versinkenlassen zahlloser liebgewordener alter Ideen und im Grunde die Aufgabe einer ganzen Lebens- und Weltanschauung“ bedeuten würde.²⁴ Von Naumann wurde dieser damals durchaus sensationelle Aufsatz Mommsens nicht erwähnt, sein Nachruf hob vor allem auf die Zeit des liberalen „Sturmgesellen“ etliche Jahrzehnte zuvor ab. Eine Stelle lässt sich sogar als leichte Distanzierung von der Mommsenschen Altersradikalität verstehen: „Mommsen war der Getreueste der Getreuen seiner politischen Jugendfarbe [...]. Deshalb sind seine politischen Kundgebungen oft so wenig von der Tagesmeinung verstanden worden.“²⁵

Anders als Weber empfand Naumann Mommsen offenbar eher als eine Gestalt der Vergangenheit, die die jetzigen Vertreter eines modernen Liberalismus zwar bewundern, aber an der sie eigentlich nicht mehr anknüpfen konnten. Das steht übrigens im Gegensatz zu dem Bild, das die letzte Mommsen-Biographie von dem greisen Althistoriker zeichnet: Dort wird der erwähnte Aufsatz gerade als öffentliche Stellungnahme zugunsten einer Öffnung des Liberalismus nach links interpretiert.²⁶ Naumann sollte bald darauf zu den einflussreichsten Befürwortern eines solchen Kurses gehören, auch wenn er sich des Öfteren – wie übrigens Mommsen auch noch kurz vor seinem Tod²⁷ – über die geringe Flexibilität der umworbenen Sozialdemokratie ärgerte.

Obwohl Naumann und Weber seit 1903 organisatorisch unterschiedliche Wege einschlugen, gab es aber doch auch grundsätzliche Übereinstimmung. Das zeigte sich bei einer Pressefehde Alfred Webers mit Gustav von Schmoller im Frühjahr 1907. Schon zwei Jahre früher hatte Weber bei

23 Theodor Mommsen: Was uns noch retten kann. In: Die Nation 11 v. 13.12.1902, S. 163 f.

24 Alfred Weber: Theodor Mommsen (1906/1927). In: ders.: Schriften zur Kultur- und Geschichtssoziologie (1906-1958). Hrsg. v. Richard Bräun. Marburg 2000, S. 83-90, Zitat S. 90.

25 Friedrich Naumann: Theodor Mommsen† (1903) In: ders.: Werke. Bd. 5 Opladen/Köln 1964, S. 325 ff, Zitat S. 326.

26 Vgl. Stefan Rebenich: Theodor Mommsen. Eine Biographie. München 2002, S. 179-182.

27 Ebd. S. 181 f.

Schmoller nach einem Eklat im Verein für Sozialpolitik zugunsten von Naumann, den Schmoller als „Demagogen“ geschmäht hatte,²⁸ interveniert.²⁹ Nun ging es um die Frage: „Konstitutionelle oder parlamentarische Demokratie in Deutschland“? Während Schmoller für letztere im Kaiserreich keine Existenzberechtigung sah, lief Webers Antwort auf genau das Gegenteil hinaus, da der Parlamentarismus auch unter anderen Bedingungen als einem Zwei-Parteien-System – siehe Frankreich – ganz gut funktionieren und es auch in Deutschland Ansätze zu einer innenpolitischen Blockbildung à la Großbritannien gebe.³⁰

Man kann sicherlich darüber diskutieren, ob dieser Aufsatz in der Wiener „Neuen Freien Presse“ den entscheidenden Anstoß bildete, der Naumann auf den Weg des „Parlamentarismus“ brachte.³¹ Denn man kann Naumanns Überlegungen zum „Gesamtliberalismus“, die er seit der Jahrhundertwende anstellte, durchaus als Blockbildung mit dem Ziel eines parlamentarischen Machtgewinns interpretieren.³² Zudem war er seit Anfang 1907 selbst Reichstagsabgeordneter und hatte einiges dazu beigetragen, dass die „Freisinnigen“ dem liberal-konservativen Bülow-Block beigetreten waren. Für Weber war dieser nicht unbedingt die Richtung, die er einschlagen wollte, und er bezeichnete deshalb diese Koalition mit den Konservativen dann auch als eine „eigentümliche Schwenkung“.³³ Für Naumann lag aber der Reiz in dieser außergewöhnlichen Konstellation, weil damit eine politische Gewichtsverlagerung zum Liberalismus und zum Reichstag verbunden war; zumindest hat er die Aktion im Nachhinein so verteidigt.³⁴

Unabhängig davon, ob nun Naumann selbst schon sich in Richtung Parlamentarismus orientiert hatte oder nicht, berichtete er in der „Hilfe“ jedenfalls ausführlich über die Schmoller-Weber-Kontroverse. Wenig überraschend sprang er Alfred Weber dabei zur Seite und stimmte ihm prinzipiell darin zu, dass der Konstitutionalismus in Deutschland schon seit längerem nicht mehr

28 Vgl. Heuss: Naumann 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 238 ff, Theiner: Sozialer Liberalismus (wie Anm. 3), S. 159-163.

29 Alfred Weber: Ausgewählter Briefwechsel. Hrsg. von Eberhard Demm und Harmut Soell. Marburg 2003, S. 156-162.

30 Alfred Weber: Konstitutionelle oder parlamentarische Demokratie in Deutschland (1907). In: ders.: Politische Theorie (wie Anm. 13), S. 32-41.

31 So Theiner: Sozialer Liberalismus (wie Anm. 3), S. 184 u. Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 89.

32 Jürgen Frölich: „... den nationalsozialen Gedanken auf den altliberalen Untergrund aufsetzen“. Neue Dokumente zur Verbindung zwischen Friedrich Naumann und der Familie von Schulze-Gaevernitz. In: Jahrbuch zur Liberalismus-Forschung 22 (2010), S. 251-260, hier S. 257 f.

33 Weber: Konstitutionelle oder parlamentarische Demokratie (wie Anm. 30), S. 33.

34 Jürgen Frölich: „Jede Zeit hat ihre Freiheiten, die sie sucht.“ Friedrich Naumann und der Liberalismus im ausgehenden Kaiserreich. In: Detlef Lehnert (Hrsg.): Sozialliberalismus in Europa. Herkunft und Entwicklung im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Wien u. a. 2012, S. 135-157, hier S. 150.

funktioniere, wenn er dies überhaupt jemals seit 1871 getan habe. Schmoller führe die wenig aussichtsreichen Rückzugsgefechte der Konservativen, wenn selbst Reichskanzler Bülow zum „parteibildenden Minister“ würde.³⁵ Naumann wollte sich nicht festlegen, ob mit dem Bülow-Block der Durchbruch des Parlamentarismus erfolgen werde, er könne auch nur die „Weissagung späterer Zeiten“ sein,³⁶ was sich dann auch zunächst einmal bewahrheitete. Aber er ließ keinen Zweifel daran, dass der Parlamentarismus in Deutschland möglich und aus seiner Sicht wünschenswert sei. Zumindest in dieser Hinsicht hatten Weber und Naumann vor 1914 ein gemeinsames linksliberales Projekt, für das der eine zumindest auch offen auf der politischen Bühne kämpfte.

IV.

Verwirklicht wurde es allerdings vorerst nicht. Denn alle Ansätze zum Parlamentarismus, die Naumann und seine Mitstreiter im ausgehenden Kaiserreich voranzubringen suchten, brachen zunächst einmal im Sommer 1914 ab; die deutsche Politik stand seitdem ganz im Zeichen des Weltkrieges. In diesem verdichteten sich die Kontakte zwischen Naumann und Weber. Sie hatten auch vorher weiterhin bestanden, wie der erwähnte Hilfe-Beitrag Webers über die Behandlung der „Arbeiterfrage“ auf dem Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei 1912 beweist. Nach langer und intensiver Diskussion hatten sich dort die vereinten Freisinnigen unter aktiver Beteiligung Naumanns für eine Reform des Arbeitsrechts ausgesprochen.³⁷ Weber begrüßte den Beschluß und – obwohl selbst parteilos und zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie immer noch schwankend³⁸ – verband dies mit einem expliziten Bekenntnis zum organisierten Liberalismus, denn nur dieser sei in der Lage, das Gleichgewicht zwischen der „Aufrechterhaltung der disziplinären Notwendigkeiten einer gut geleiteten und gut funktionierenden öffentlichen Maschinerie“ einerseits und der „Freisetzung der in dieser Maschinerie beruflich eingeflochtenen Persönlichkeiten“ auf der anderen Seite konstruktiv zu bewahren.³⁹ Nicht nur verfassungspolitisch, sondern auch sozialpolitisch zogen Weber und Naumann am Vorabend des Weltkriegs an einem Strang, so

35 (Friedrich) Naumann: Können wir ein parlamentarisches Regiment haben? In: Die Hilfe 18 v. 5.7.1907, S. 274 f., Zitat S. 275.

36 Ebd. S. 275.

37 Vgl. Der zweite Parteitag (wie Anm. 17), S. 55-74 und Beilage zur Hilfe 42 v. 17.10.1912, S. I.

38 Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 83.

39 Weber: Gutachten (wie Anm. 12), S. 826.

dass man zu diesem Zeitpunkt gewissermaßen von einer gemeinsamen links-liberalen Agenda reden kann.

Im zweiten Kriegsjahr intensivierte sich dann der Austausch zwischen Weber und Naumann, nachdem letzterer Mitte dieses Jahres um Hilfe bei einer neuen Verwendung gebeten hatte, die ihn vom wenig erbaulichen Alltag an der Front – Weber war als Hauptmann an einem vergleichsweise ruhigen Frontabschnitt im Elsass eingesetzt und langweilte sich offenbar – weg nach Berlin versetzen sollte.⁴⁰ Noch bevor es soweit war, wurde Weber politisch schon sehr aktiv und zwar durchaus im Sinne Naumanns resp. dessen politischer Strategie vor dem Weltkrieg. Denn Weber versuchte, einen Kreis von Politikern zusammenzubringen, der Liberale unterschiedlicher Schattierungen, aber auch Sozialdemokraten umfassen sollte und mithin Naumanns berühmtem Konzept eines Blockes „von Bebel bis Bassermann“,⁴¹ also eines Bündnisses von Freisinn, Sozialdemokraten und Nationalliberalen entsprach. Doch nicht innenpolitische Fragen sollten dabei im Mittelpunkt stehen, sondern mögliche deutsche Kriegsziele.⁴² Ob das eine gute Ausgangsposition für parteiübergreifende Diskussionen mit dem Ziel eines politischen Zusammengehens war, erscheint indes fraglich. Naumann antwortete dann auch recht zurückhaltend: „Nachdem ich schon an verschiedenen Programmgesprächen über den Frieden teilgenommen habe, erwarte ich sehr wenig von ihnen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man auf diesem Wege immer zu einer umfangreichen Speisekarte von Wünschen gelangt.“⁴³

Naumann hatte zu dieser Zeit gerade selbst ein umfangreiches Kriegszielprogramm – das er nicht so nannte – abgeschlossen und hoffte auf eine baldige Veröffentlichung. Dies erklärt die abschließende Wendung in seinem Antwortschreiben an Weber, dass in seinen Augen nämlich alles davon abhängt, „ob der Verband zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn nach dem Krieg ein Dauerverband sein wird oder nicht. Das ist überhaupt meine allererste und allerdringlichste Frage.“⁴⁴

Das spielte natürlich auf Naumanns „Mitteleuropa“-Buch an, das kurz danach erschien und zu einem Bestseller wurde. Damit war ein Thema gefunden, das beide bis zum Kriegsende beschäftigen sollte, allerdings jenseits jener eben angesprochenen Initiative Webers vom Juni 1915. Diese verlief trotz mehrfach unternommener Anläufe letztlich im Sande, über lockere Ge-

40 Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 155.

41 Vgl. z. B. (Friedrich) Naumann: Die Entscheidung. In: Die Hilfe 14 v. 4.4.1909, S. 211, oder ders.: Die politischen Parteien (1910). In: ders.: Werke. Bd. 4. Köln/Opladen 1966, S. 99-198, hier S. 141.

42 Weber: Ausgewählter Briefwechsel (wie Anm. 29), S. 195 f., vgl. Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 170 f. sowie ders.: Alfred Weber im Ersten Weltkrieg. In: Ders. (Hrsg.): Alfred Weber als Politiker und Gelehrter. Wiesbaden 1986, S. 22-39, hier S. 23 u. 26.

43 Weber: Ausgewählter Briefwechsel (wie Anm. 29), S. 197.

44 Ebd.

sprächsrunden in unterschiedlicher Zusammensetzung kam man nicht hinaus.⁴⁵ Naumanns Skepsis, ob über die Kriegszielfrage eine Annäherung der „Linken“ zustande kommen würde, hatte sich bewahrheitet; dazu lagen die Positionen zwischen den vorgesehenen Partnern, insbesondere zwischen Nationalliberalen und Sozialdemokraten zu weit auseinander. Selbst innerhalb des linksliberalen Lagers bestand alles andere als Einigkeit.⁴⁶ Erst über die Frage der Kriegsbeendigung kam zwei Jahre später die von Naumann und wohl inzwischen auch von Weber angestrebte Koalition der „Linken“ zustande, nun allerdings mit der katholischen Zentrumspartei anstelle der Nationalliberalen als Partner.

Naumanns Mitteleuropa-Konzept⁴⁷ war zweifellos auch dazu gedacht, diese vielfältigen Gegensätze in der Kriegszielfrage zu überbrücken. Die umfängliche Schrift von immerhin 300 Seiten in der Erstauflage bot deshalb vielen manches und ist noch jüngst auch von nicht-deutscher Seite als „liberal voice in the largely illiberal German discussion on the future of East Central und South East Europa“ gesehen worden.⁴⁸ Das bezog sich vor allem auf den Umgang mit den kleineren, nicht-deutschen Völkern innerhalb des zukünftigen Mitteleuropa.

Dieser liberale Zug darf aber nicht verdecken, dass „Mitteleuropa“ für Naumann zwar eine Abkehr von seiner Unterstützung für die imperiale Weltpolitik des Deutschen Reiches vor 1914 bedeutete, es aber zugleich die deutsche Weltmachtposition durch eine mehr oder minder ausgeprägte Hegemonie über das Zentrum und den Osten bzw. Südosten Europas bewahren sollte. Dieser ambivalente Charakter „Mitteleuropas“ brachte Naumann viel Zustimmung, aber auch viel Kritik aus unterschiedlichen Richtungen ein. Man wird „Mitteleuropa“ auch kaum als „linksliberales Projekt“ bezeichnen

45 Vgl. Demm: Weber im Ersten Weltkrieg (wie Anm. 42), S. 27 f. u. ders.: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 170-177.

46 Vgl. dazu Regina Gottschalk: Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Diss. MS Tübingen 1969, S. 13-24, sowie jüngst Andrea Kramp: Georg Gothein (1857-1940). Aufstieg und Niedergang des deutschen Linksliberalismus. Düsseldorf 2018, S. 301-315.

47 Aus der umfänglichen Literatur vgl. dazu Jürgen Frölich: Friedrich Naumanns „Mitteleuropa“. Ein Buch, seine Umstände und seine Folgen. In: Rüdiger vom Bruch (Hrsg.): Friedrich Naumann und seine Zeit. Berlin 2000, S. 245-267, Eberhard Demm: Friedrich Naumann, Die Hilfe und die orientalische Frage. In: Philippe Alexandre/Reiner Marcowitz (Hrsg.): Die Zeitschrift „Die Hilfe“ 1894-1944. Ein Ideenlabor in Deutschland. Bern u. a. 2011, S. 135-157, hier S. 153 ff., Manfred Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg und das Ende der Habsburger Monarchie. Wien u. a. 2013, S. 496-504, sowie jüngst Maciej Górny: Concept of Mitteleuropa. In: 1914-1918-online. International Encyclopedia of the First World War, ed. by Ute Daniel u. a., issued by Freie Universität Berlin, Berlin 2015-09-18. DOI: 10.15463/ie1418.10729.

48 Górny: Concept of Mitteleuropa (wie Anm. 47).

können, denn es setzte eine fortwirkende „Politik des Schützengrabens“⁴⁹ voraus, bei der es kaum oder gar keinen Austausch zwischen den verschiedenen Blöcken geben würde. Deshalb wurde „Mitteleuropa“ gerade von freihändlerisch gesinnten Linksliberalen wie Lujo Brentano⁵⁰ oder Georg Gothein⁵¹ teils heftig kritisiert. Hinzu kam die Unklarheit, was eigentlich mit „Mitteleuropa“ gemeint war: Bestand es zunächst für Naumann nur aus den Territorien der Bündnispartner Deutschland und Österreich-Ungarn, so änderte sich das im Laufe des Krieges entsprechend der militärischen Entwicklung. Zeitweilig war nicht nur an eine Einbeziehung der verbündeten und unterworfenen Völker auf dem Balkan, sondern auch an eine mehr oder minder enge Verbindung mit dem Osmanischen Reich gedacht.⁵²

Alfred Weber, der ja die Verhältnisse in der Donaumonarchie und speziell in Böhmen aus eigener Anschauung sehr viel besser kannte als Naumann, ging in dieser Hinsicht mit ihm völlig d'accord. In einem Gutachten für die Leitung des Reichsschatzamtess schrieb er Mitte 1917:

„Treten wir nämlich als geschlossener politischer, Bulgarien und die Türkei mitumfassender Bund aus dem Krieg hervor, so haben wir mit der Schaffung Mitteleuropas, mit der definitiven Konstituierung der geschlossenen militärischen Macht, die es darstellt, mit den wirtschaftlichen neuen Möglichkeiten [...], die es uns bietet, auch wenn wir in jeder anderen Beziehung nur den Status quo erreichen, ein sehr großes Plus an militärischer und wirtschaftlicher Machtstellung aus dem Kriege heimgebracht, das ganz allein all in ihm gebrachten Opfer schon abgilt.“⁵³

Friedrich Naumann hätte das wohl auch unterschreiben können, sollte er es gekannt haben; diese Passage gab seine eigenen Intentionen und Überzeugungen sehr gut wieder. Solche Übereinstimmung im Grundsätzlichen schloss allerdings manche Abweichung im Detail nicht aus: So wollte Naumann zunächst Russland zwar eindämmen, sah aber keine Chance auf eine dauerhafte Schwächung; auch wollte er, dass sich Mitteleuropa zunächst aus dem sprichwörtlichen „Pulverfass Balkan“ heraushielt.⁵⁴ Im Laufe des Krie-

49 Friedrich Naumann: Die Politik des Schützengrabens (1915). In: ders.: Werke. Bd. 4 (wie Anm. 19), S. 468-472.

50 Frölich: „Mitteleuropa“ (wie Anm. 47), S. 246, Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 47), S. 498.

51 Kramp: Gothein (wie Anm. 46), S. 302 f.

52 Vgl. Friedrich Naumann: Mitteleuropa (1915). In: ders.: Werke. Bd. 4 (wie Anm. 19), S. 485-767, hier S. 752: „Das Weltwirtschaftsgebiet Mitteleuropa muß größer werden als der bisherige Staatsumfang von Deutschland, Österreich und Ungarn.“ Ders.: Bulgarien und Mitteleuropa (1916). In: ebd. S. 767-836, hier S. 828 ff u. 836, vgl. auch Demm: Friedrich Naumann (wie Anm. 47), S. 153 ff.

53 Alfred Weber: Aufstellung eines Friedensprogrammes mit unseren Bundesgenossen. In: ders.: Politische Theorie (wie Anm. 13), S. 187-193, hier S. 191.

54 Vgl. Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 160-168.

ges änderte Naumann wie erwähnt seine Meinung. Man könnte auch diskutieren, ob gerade am Mitteleuropa-Konzept „sich der Unterschied zwischen dem praktischen Politiker Naumann und dem radikalen Theoretiker Weber“ offenbart, wie Eberhard Demm gemeint hat.⁵⁵ Dazu lagen die Positionen hier doch sehr nahe beieinander.

Mag Naumann sich anders als Weber in mancher Detailfrage aus taktischen Gründen nicht eindeutig festgelegt haben, so bleibt doch zu konstatieren: Beide hielten an der Mitteleuropa-Idee bis ins letzte Kriegsjahr fest. Noch Anfang 1918 verfasste Weber für die „Vossische Zeitung“ eine Rezension über eine Biographie Karl Ludwig Freiherr von Brucks unter dem Titel „Für Mitteleuropa“.⁵⁶ Bei Naumann kam die Stunde der „mitteleuropäischen“ Wahrheit offenbar erst im Oktober 1918, als er an Gertrud Bäumer schrieb: „Alles zerfließt mit einem Male: Türkei, Bulgarien, Oststaaten, Mitteleuropa, Imperialismus, es ist für uns, die ältere Generation sind, eine Götterdämmerung.“⁵⁷ Dabei existieren in der jüngeren Forschung Stimmen, die besagen, dass die Mitteleuropa-Debatte eigentlich schon im Herbst 1915 ihren „Kulminationspunkt überschritten“ hätte und es danach allenfalls den „eher krampfhaft(e)n Versuch, die Debatte wieder in Gang zu setzen“ gegeben habe.⁵⁸ Diese aus österreichischer Perspektive verfasste Einschätzung kommt allerdings auch zu dem Schluss, dass die Verwirklichung Mitteleuropas einen „Siegfrieden der Mittelmächte“ vorausgesetzt hätte,⁵⁹ wovon Naumann definitiv nicht ausgegangen ist und was wohl auch für Weber nicht zutreffen scheint. In jedem Fall ist Mitteleuropa ein Projekt, wenn auch wohl kein linksliberales, wo zwischen beiden allem Anschein nach lange Zeit zweifellos große Übereinstimmung herrschte.

Das mag der Grund dafür sein, dass es in der zweiten Kriegshälfte weitere gemeinsame Aktionen gab, die nur kurz erwähnt werden sollen. In diesem Zusammenhang ist auf den „Volksbund für Freiheit und Vaterland“ hinzuweisen, der ab Herbst 1917 den Kräften, die hinter der Friedensresolution des Reichstages vom 17. Juli 1917 standen, ein gemeinsames Forum und vor allem propagandistisch der „Vaterlandspartei“ Paroli bieten sollte.⁶⁰ Weber war schon in die Vorbereitungen eingebunden und nahm an den Gründungs-

55 Ebd. S. 167. Zu Webers von vornherein weit ausgreifender Position vgl. Alfred Weber: Bemerkungen über die auswärtige Politik und die Kriegsziele. In: Demm (Hrsg.): Alfred Weber als Politiker (wie Anm. 42), S. 171-177.

56 Vossische Zeitung 5 v. 3.1.1918, S. 4; vgl. Weber: Politische Theorie (wie Anm. 13), S. 207-211, Bruck hatte Mitte des 19. Jahrhunderts als österreichischer Handelsminister 70 Jahre vergeblich ein Mitteleuropa-Projekt verfolgt.

57 Zitiert nach Heuss: Naumann 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 429.

58 Rauchensteiner: Der Erste Weltkrieg (wie Anm. 47), S. 504.

59 Ebd.

60 Vgl. Herbert Gottwald: Volksbund für Freiheit und Vaterland (VfFV) 1917-1920. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 4. Leipzig 1986, S. 414-419,

aktivitäten teil.⁶¹ In der Naumann-Biographik und in der „Hilfe“ haben diese zwar keinen Niederschlag gefunden, aber Naumann gehörte später dem Ausschuss des „Volksbundes“ an und war über seine persönliche Umgebung durch Gertrud Bäumer und Martin Wenck auch dessen Vorstand und Geschäftsführung eng verbunden. Und es war sicherlich kein Zufall, dass Naumann unmittelbar nach dem ersten öffentlichen Auftreten des „Volksbundes“ am 14. November 1917 dem dabei stark engagierten Friedrich Meinecke die Spalten der „Hilfe“ für eine Abrechnung mit der „Vaterlandspartei“ öffnete.⁶² Die Schlagkraft des „Volksbundes“ erwies sich aber als gering und zumindest Weber verlor bald das Interesse, was für Naumann wohl ebenfalls gelten muss.⁶³ Immerhin kann hier aber nicht der linksliberale Charakter des Projektes bestritten werden.

Ähnlich erfolglos erwies sich eine andere von beiden mitgetragene Initiative, wobei dies eigentlich von vornherein zu erwarten gewesen war. Gemeinsam mit etlichen anderen, wie dem Industriellen Robert Bosch und den beiden – politisch unterschiedlich ausgerichteten – Gewerkschaftern Carl Legien und Adam Stegerwald, wollte man Anfang 1918 eine neue Militäroffensive im Westen verhindern, weil diese die deutschen Kräfte überfordern und dann das wichtigste Kriegsziel – Mitteleuropa – gefährden könnte.⁶⁴ Hinter der Aktion, die sich mit einem Memorandum bezeichnenderweise an Ludendorff richtete, steckte ein „Redaktionsausschuß“, der die liberale Publizistik jenseits der Tagespresse, also vor allem Zeitschriften wie „Die Hilfe“ koordinieren sollte und auch Kontakte zum späteren Reichskanzler Max von Baden sowie zu Robert Bosch, dem Finanzier vieler Naumannscher Projekte, unterhielt. Aber selbst um Gewerkschaftskreise erweitert erreichte die Initiative nichts beim eigentlichen Machthaber. Ludendorff wollte die Offensive, und Deutschland ging – wie von einigen Linksliberalen befürchtet – der militärischen Niederlage entgegen.

sowie Heinz Hagenlücke: Deutsche Vaterlandspartei. Die nationale Rechte am Ende des Kaiserreiches. Düsseldorf 1997, S. 363-371.

61 Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 206 f.

62 Friedrich Meinecke: Vaterlandspartei und deutsche Politik. in: Die Hilfe 47 v. 22.11.1917, S. 700 ff. Möglicherweise handelt es sich dabei um Meineckes Rede bei der Kundgebung des „Volksbundes“ am 14.11.1918, vgl. Berliner Tageblatt 586 v. 16.11.1917, S. 3.

63 Allerdings berichtete die „Hilfe“ dann doch über die erste Ausschuss-Sitzung des „Volksbundes“, vgl. Gertrud Bäumer: Heimatchronik. In: Die „Hilfe“ 3 v. 17.1.1918, S. 19.

64 Vgl. Heuss: Naumann 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 417 ff., Demm: Ein Liberaler (wie Anm. 5), S. 240 ff.

Im Winter 1918/19 beschleunigte sich die gemeinsame „Projektmacherei“ von Naumann und Weber nochmals. Mit einer Ausnahme – die noch gebührend Beachtung findet – handelte es sich aber um sehr kurzlebige Aktionen, die allesamt ohne größere Resonanz blieben. Da war zunächst der „Demokratische Volksbund“, der nur wenige Tage existierte. Beider Namen standen unter dem Aufruf, der am 18. November in der „Vossischen Zeitung“ veröffentlicht wurde und dessen Hauptanliegen die Einberufung einer „Nationalversammlung für Deutschland und Deutsch-Österreich“ auf der Basis eines demokratischen Verhältniswahlrechts für „beide Geschlechter“ war. Erst eine solche Nationalversammlung könne über die neuen „Grundlagen unseres geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Aufbaus“ entscheiden.⁶⁵ Diese maßgeblich von Walther Rathenau vorangetriebene Initiative, die einen sehr heterogenen Personenkreis aus Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Politik einzubinden suchte, darunter Albert Einstein, Gerhart Hauptmann, Hugo Stinnes,⁶⁶ überschneidet sich mit dem zeitgleich vom „Berliner Tageblatt“ lancierten Projekt einer neuen demokratischen Partei. Von dieser Seite kam auch der entscheidende Gegenwind: Bereits am 19. November erklärte Mitunterzeichner Weber namens der DDP-Führung, bezeichnenderweise im „Berliner Tageblatt“, seine Distanzierung vom „Volksbund“.⁶⁷ Auch Naumann scheint diesem von vorherein distanziert und mit Skepsis gegenüber gestanden zu haben.⁶⁸ Warum aber beide ihre Unterschrift für einen solchen groß aufgemachten Aufruf hergegeben haben, erscheint dann wiederum ziemlich erstaunlich und wohl am ehesten mit den Wirren der Revolutionstage erklärbar. Nicht von ungefähr lautet die Überschrift des entsprechenden Kapitels in der Naumann-Biographie von Theodor Heuss „Durch das Chaos hindurch“.⁶⁹

Reichlich chaotisch waren auch die Anfänge der Deutschen Demokratischen Partei.⁷⁰ Die Probleme rührten daher, dass sich zwei Initiativen gegenseitig durchkreuzten, von denen die eine von den Führungen der beiden bis-

65 Vossische Zeitung 591 v. 18.11.1918, S. 4.

66 Vgl. dazu Hans Martin Barth: Der Demokratische Volksbund. In: Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands 16/17 (1968), S. 254-266, u. Werner Fritsch: Demokratischer Volksbund (DVb) 1918. In: Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945). Hrsg. von Dieter Fricke u. a. Bd. 1. Leipzig 1983, S. 494 f.

67 Weber: Politische Theorie (wie Anm. 13), S. 409.

68 Vgl. Heuss: Naumanns 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 453, Theiner: Sozialer Liberalismus (wie Anm. 3), S. 287.

69 Heuss: Naumann 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 441.

70 Zuletzt aus der Perspektive Georg Gotheins dargestellt bei Kramp: Gothein (wie Anm. 46), S. 402-417, Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918-1933. Düsseldorf 2002, S. 31-45, bringt neue Details, die die Position der älteren Forschung etwas revidieren, für

herigen liberalen Parteien ausging: Freisinnige resp. die Fortschrittliche Volkspartei und Nationalliberale überlegten, ob sie angesichts der zu erwartenden Dominanz der Sozialdemokratie nicht zukünftig mehr oder minder eng zusammengehen sollten. Entsprechende Gespräche waren schon in Gang gekommen, als eine dritte Gruppe vortrat und am 16. November einen Aufruf zur Gründung „einer(r) große(n) demokratische(n) Partei für das einige Reich“⁷¹ veröffentlichte. Dahinter standen vornehmlich Vertreter der großen linksliberalen Zeitungen, die Alfred Weber für die Formulierung des Aufrufes herangezogen und auch schon etliche Unterstützer inner- und außerhalb der bisherigen Organisationen des liberalen Bürgertums gewonnen hatten.

Problematisch war, dass dieser dritte Kreis und insbesondere seine Initiatoren ein ambivalentes Verhältnis zu den existierenden liberalen Parteien hatten: Deren Apparate wollte man sich für die anstehenden Wahlkämpfe gern bedienen, das Personal aber nur bedingt und handverlesen übernehmen. Gerade Theodor Wolff und Alfred Weber als Wortführer wollten sich die letzte Entscheidung über prominente Aufnahmen aus dieser Richtung vorbehalten und konstituierten schon einmal einen Parteivorstand, ehe die Verhandlungen mit den anderen Kreisen aufgenommen wurden. Ihr Argwohn richtete sich vor allem gegen den eigentlichen Parteiführer der Nationalliberalen, Gustav Stresemann, wegen seiner annexionistischen Haltung im Weltkrieg. Auch gegen Naumanns „Mitteleuropa“ bestanden vor allem bei Wolff Vorbehalte,⁷² die diesbezügliche Position seines Kompagnons Weber kannte er offenbar nicht. Vor allem Webers aggressive Verhandlungsführung, an die er sich später nicht mehr erinnern konnte oder wollte,⁷³ machte eine Einigung schwierig und führte schließlich zum Rückzug Stresemanns und seines Anhangs von den Verhandlungen. Dagegen schloss sich die Fortschrittliche Volkspartei zum größten Teil der neuen demokratischen Partei an und über-

diese siehe vor allem Lothar Albertin: *Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik*. Düsseldorf 1972.

- 71 Der Aufruf mit Unterstützerliste, die Alfred und Marianne, aber nicht Max Weber und Naumann einschloss, ist abgedruckt u. a. bei Otto Nuschke: *Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistet und was sie ist*. In: Anton Erkelenz (Hrsg.): *Zehn Jahre Deutsche Republik. Ein Handbuch für republikanische Politik*. Berlin 1928, S. 24-41, hier S. 25 f. Anm.
- 72 Demm: *Ein Liberaler* (wie Anm. 5), S. 281, ähnlich Jürgen Frölich: *Die „große demokratische Partei für das einige Reich“*. Die problematischen Beziehungen Theodor Wolffs zum organisierten Liberalismus. In: Bernd Sösemann/ders.: *Theodor Wolff. Journalist – Weltbürger – Demokrat*. Berlin 2004, S. 41-62, hier S. 46 f., anders Theiner: *Sozialer Liberalismus* (wie Anm. 3), S. 288.
- 73 Vgl. seine Antwort auf eine Anfrage des Stresemann-Biographen Felix Hirsch Anfang 1947 in: *Weber: Ausgewählter Briefwechsel* (wie Anm. 29), S. 250-253, wo er behauptet, niemals mit Stresemann direkt verhandelt zu haben, vgl. dagegen Richter: *Volkspartei* (wie Anm. 70), S. 35 f.

nahm bald zusammen mit dem linken Flügel der Nationalliberalen dort das Kommando.

Der provisorische Vorsitzende Alfred Weber musste nach einem Eklat schon nach wenigen Wochen sämtliche Parteiämter aufgeben und auch Wolff verlor schnell den Spaß an der Parteipolitik.⁷⁴ Naumann stellte sich ungeachtet der Vorbehalte gegen seine Person umgehend hinter das Projekt und warb bereits am 17. November, also einen Tag nach dem Gründungsauf Ruf, öffentlich dafür: „Die Gründung einer neuen demokratischen Partei in Stadt und Land muß das Ziel unserer Bestrebungen sein.“⁷⁵ Ein halbes Jahr später sollte er vom ersten Parteitag auf Druck der Basis gegen die vorgesehene Regie zum ersten Parteivorsitzenden gewählt werden. Auch bei diesem Projekt, dem langlebigsten unter den hier behandelten, gingen Naumann und Weber dann doch unterschiedliche Wege, woran auch Naumanns früher Tod nichts änderte: Weber blieb bis 1933 immer in einer gewissen Distanz zu seinem „eigenen Kind DDP“, auch wenn er wohl anders als Theodor Wolff niemals offiziell austrat. In dieser Episode zeigt sich m. E. am deutlichsten der Unterschied zwischen dem politiknahen Intellektuellen und dem politischen Pragmatiker, zu dem sich Naumann nach der Jahrhundertwende entwickelte.

Naumanns Ärger über die schwierigen Umstände bei der DDP-Gründung richteten sich aber offensichtlich vor allem gegen Theodor Wolff, von dem er sich „bolschewisiert“ fühlte, was für Naumanns Verhältnisse schon wirklich eine starke Invektive war.⁷⁶ Zwar waren die Urteile über Alfred Weber in Naumanns Umgebung jetzt ziemlich verheerend, so sprach Georg Gothein von „tapsig“ und „ungezogen“⁷⁷ und Theodor Heuss von „hysterisch“ und „Demagogie“.⁷⁸ Naumann, der an der ausschlaggebenden Sitzung am 18. November, mit der die liberale Spaltung neuerlich zementiert wurde, nicht teilgenommen hatte, trug ihm offenbar aber nichts nach. Sonst hätte er wohl nicht mit Weber gemeinsam unmittelbar nach der Jahreswende 1918/19 darüber nachgedacht, ob und wie man die alten Nationalsozialen wieder zusammenbringen könnte, um „den allgemeinen Grundgedanken der gegenwärtigen Epoche in Deutschland eine wirklich klassische Form zu geben“, damit „die aufstrebende nachwachsende Jugend ihre kräftigsten Anregungen

74 Vgl. allgemein Werner Stephan: Aufstieg und Verfall des Linkliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei. Göttingen 1983, S. 29 ff., sowie speziell zu Alfred Weber ders.: Politische Theorie (wie Anm. 13), S. 410-422.

75 Zitiert nach Berliner Tageblatt 590 v. 18.11.18. S. 2, wo über „Eine demokratische Versammlung“ im Lehrervereinshaus am Vortag berichtet wird.

76 Zitiert nach Heuss: Naumann 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 453.

77 An Conrad Haußmann am 25.11.1918, zitiert bei Kramp: Gothein (wie Anm. 46), S. 411.

78 An denselben am 15.12.1918 in: Theodor Heuss: Bürger der Weimarer Republik. Briefe 1918-1933. Hrsg. von Michael Dormann. München 2008, S. 117.

erhalten kann“.⁷⁹ Obwohl der inzwischen nach Heidelberg übergewechselte Weber diese Idee sehr unterstützte,⁸⁰ wurde daraus nichts, was vor allem an den nun in den Vordergrund drängenden Verfassungs- und Friedensfragen sowie an Naumanns Gesundheitszustand gelegen haben dürfte.

Wegen Versailles kam es mit der Heidelberger „Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts“ zu einer – soweit ich es sehe – letzten gemeinsamen Aktion von Naumann und Alfred Weber. Allerdings muss man dahinter ein gewisses Fragezeichen setzen, denn unter dem Aufruf, mit dem die „Arbeitsgemeinschaft“ in ihrem Kampf gegen die Alleinschuld Deutschlands am Kriegsausbruch an die Öffentlichkeit trat, fehlten die Unterschriften beider, zumindest im „Berliner Tageblatt“.⁸¹ Während die Mitwirkung von Alfred Weber gesichert zu sein scheint,⁸² wird sie für Naumann nur an einer, nicht gerade über jeden Zweifel erhabenen Stelle vermeldet.⁸³ Auch die „Hilfe“ berichtete über die ersten Auftritte der Arbeitsgemeinschaft nichts, sie fielen allerdings auch in die Zeit der ersten parlamentarischen Kabinettsbildung. Insgesamt erwies sie sich kurzfristig als wenig wirksam, da sie am Friedensvertrag natürlich nichts änderte. Manche Forscher sehen in ihr aber den Beginn einer letztlich verhängnisvollen Revisionspolitik, der auch liberale Kreise anhingen.⁸⁴ Für Friedrich Naumann, der mit aller Kraft gegen den Versailler Friedensvertrag kämpfte, lag die Stoßrichtung der „Arbeitsgemeinschaft“ vollkommen auf seiner Linie, selbst wenn er dort nicht aktiv oder nominell mitgemacht hat.

VI.

Was bleibt nun von Webers und Naumanns gemeinsamen Projekten im ausgehenden Kaiserreich und in der beginnenden Republik? Man muss wohl zwei Ebenen unterscheiden, nämlich zwischen einer eher grundsätzlich-allgemeinen und einer eher (partei-)politischen. Im Grundsätzlichen bestanden doch zahlreiche Übereinstimmungen, etwa darüber, auf welche Weise und in

79 Rundschreiben an G. Bäumer, C. Petersen, K. Hahn und beide Webers, zitiert bei Heuss: Naumann 2. Aufl. (wie Anm. 4), S. 454.

80 Weber: Ausgewählter Briefwechsel (wie Anm. 29), S. 253 f.

81 Vgl. Rechtsfrieden und Völkerbund. In: Berliner Tageblatt 67 v. 13.2.1919, S. 4. Beide werden auch nicht bei Christian Lüdtkke: Hans Delbrück und Weimar. Göttingen 2019, S. 188, aufgeführt.

82 Vgl. Wolfgang J. Mommsen: Max Weber und die deutsche Politik. 2. Aufl. Tübingen 1974, S. 339.

83 Gottschalk: Die Linksliberalen (wie Anm. 46), S. 208 f.; Albertin: Liberalismus und Demokratie (wie Anm. 70), S. 212-215, dagegen erwähnt Naumann nicht in diesem konkreten Zusammenhang.

84 Vgl. Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983, S. 33 f., 55 f. u. 257 ff.

welcher Richtung das Kaiserreich reformiert werden sollte. Diese Richtung wird man für die Zeit vor 1914 durchaus als linksliberal – für Naumann – oder sozialliberal – für Weber – bezeichnen können. Sie umfasste die Stärkung des Parlamentarismus und soziale Reformen sowie auch ein anderes Verhältnis zur Sozialdemokratie, als es klassische Liberale nationalliberaler oder freisinniger Prägung hatten.

Diese grundsätzliche Übereinstimmung setzte sich im Weltkrieg in der Frage der Kriegsziele und danach in der Friedensfrage fort. Sie kam aber immer dann an ihre Grenzen, wenn es um Parteistrategie und Parteitaktik ging. Weder folgte Weber Naumann in den Freisinn noch teilte er dessen Vorstellung von einer liberalen Gesamtpartei, die Freisinn und Nationalliberale umfasste, wie sie Naumann vor und auch unmittelbar nach dem Weltkrieg anstrebte. Weber, so muss man sein Agieren bei der DDP-Gründung interpretieren, hing zumindest zu diesem Zeitpunkt eher der Auffassung einer linksbürgerlichen Kaderpartei an, wie sie in ähnlicher Weise schon von Eugen Richter vertreten worden war und in der es vor allem um ideelle und programmatische Geschlossenheit und weniger um politische Strategie ging. Naumann war aber ein entschiedener Gegner dieser Richterschen Linie. Deshalb konnten die beiden auch nicht in der DDP zusammenkommen und wären es wohl auch dann nicht, wenn Weber nicht so schnell zum Aufgeben seines Parteiengagements gezwungen gewesen wäre. In der Frage des Umgangs mit Parteien ist meines Erachtens der deutlichste Unterschied zwischen ihnen zu sehen. Hier war Naumann zweifelsohne der konstruktivere und weiterschauende Akteur. Dass sich aber in ihrer beider politischem Tun und Handeln die Grundzüge des linksliberalen Denkens am Beginn des 20. Jahrhunderts widerspiegeln, mit seinen Vorzügen und mit seinen Problemen, ist aber nicht zu bezweifeln.